

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Auf zur Frühjahrsagitation!

Der Frühling hält seinen Einzug. Mit ihm zieht in die Herzen der Bauarbeiter neue Hoffnung auf bessere Verdienstmöglichkeit ein. Ganz besonders in diesem Jahre ist die Hoffnung groß, denn nicht nur der hinter uns liegende Winter, sondern das ganze Jahr 1926 war für die Bauarbeiter ein Jahr der Not und der Zermürbung, veranlaßt durch eine beispiellose Arbeitslosigkeit.

Wird es in diesem Jahre besser werden? Ja! Trotz immer noch fehlenden Bauprogramms hat der Baumarkt in vielen Gegenden schon recht gut angezogen. Es besteht begründete Aussicht, daß die Konjunktur nach Ostern sich weiter beleben wird. Ob sie freilich so gut wird, daß alle Bauarbeiter das ganze Jahr über Beschäftigung finden, erscheint fraglich. Nicht wenig hängt von der Verwendung der kommenden Mieterhöhungen ab. Wir sind mit aller Kraft bemüht, daß sie möglichst restlos dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Durch die große Arbeitslosigkeit haben auch die Organisationen der Bauarbeiter gelitten. Viele Zehntausende von Berufskollegen stehen ihnen fern, bilden die große indifferente Masse, die uns im vergangenen Jahr in einer Anzahl Gebiete so verhängnisvoll geworden ist.

Erfreulicherweise hat in der letzten Zeit der Glaube an die Gewerkschaften unter den Arbeitern allgemein, insbesondere aber unter den Bauarbeitern, zugenommen. Aus einer großen Anzahl von Orten wurden uns bereits ansehnliche Agitationserfolge gemeldet.

Der Frühling war von jeher die beste Agitationszeit in unserem Gewerbe. Darum müssen wir auch den diesjährigen Frühling mit aller Kraft zur Agitation ausnützen. In allen Ortsgruppen, auf allen Arbeitsstellen muß unverzüglich eine rege Werbetätigkeit einsetzen. Höchster Idealismus und ein harter, unbegleiteter Wille müssen ihr das Gepräge geben. Nicht eher darf sie erlahmen, bis der letzte Unorganisierte für uns gewonnen, unsere Reihen restlos geschlossen sind.

Für ausreichendes Werbematerial ist Sorge getragen. Vier Flugblätter, eines für alle Berufe, eines für die Poliere und Schachtmeister, eines für die Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter und eines für die Jugendlichen, liegen an der Zentrale verfaßbereit. Bestellungen sind der besseren Uebersicht halber an die Bezirksleiter zu richten. Man Sorge dann aber auch für die richtige Verbreitung. Am besten werden sie auf den Arbeitsplätzen verteilt.

Die wirkungsvollste Art der Agitation war im Baugewerbe von je die Bauten- und Platzagitation. Sie muß in diesem Jahre besonders gepflegt werden. Hier obliegen besonders unseren Baudelegierten Pflichten. Daher müssen die Vorstände sich umgehend darum kümmern und

dauernd besorgt sein, daß möglichst auf allen Arbeitsplätzen Baudelegierte unseres Verbandes vorhanden sind. Wo deren Zahl es irgend zuläßt, sind regelmäßig Baudelegiertenitzungen abzuhalten. Hier ist über den Fortgang der Werbearbeit zu berichten, sind besondere Maßnahmen zu erwägen. Solche Sitzungen haben auch den Vorzug, daß sie zu einer Offenlegung der Mißstände auf Bauten Gelegenheit geben, wodurch deren wirksame Bekämpfung vielfach erst ermöglicht wird.

Zur Bauten- und Platzagitation muß als notwendige Ergänzung die Hausagitation treten. Sie empfiehlt sich besonders dort, wo man an die Unorganisierten auf den Arbeitsstellen nur schwer oder gar nicht herankommt, sei es, daß lauter Unorganisierte im Betriebe arbeiten, sei es, daß die Arbeitsstellen den Verbandsvertretern verschlossen sind. Auch in den Orten, wo die Kollegen auswärtig in den verschiedensten Orten arbeiten und nur Sonntags nach Hause kommen, ist die Hausagitation ganz unentbehrlich. Man besucht also die unorganisierten Kollegen oder solche, die in anderen Verbänden sind, ihrer weltanschaulichen Einstellung nach aber zu uns gehören, in der Wohnung. Bei solchen Besuchen sucht man die Kollegen, am besten in Gegenwart der Frauen oder Eltern, von der Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu unserem Verbands zu überzeugen. Dabei überreicht man ihnen das passende Flugblatt und vielleicht noch sonstiges geeignetes Werbematerial. Führt der Besuch nicht zum Erfolg, so muß er nach kurzer Zeit durch einen anderen Kollegen wiederholt werden.

Geht man energisch zu Werk, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Welche Verwaltungsstelle oder Ortsgruppe hat nicht den Ehrgeiz, ihren Mitgliederbestand zu vermehren? Wo man nichts unternimmt, wird man auch nicht vorankommen, man handelt dann aber auch pflichtvergessen und schadet den eigenen Interessen.

Es muß versucht werden, alle Mitglieder für die Werbearbeit zu begeistern. Das wird am ehesten gelingen durch eine Belebung des Versammlungswesens. Redner müssen rechtzeitig, d. h. einige Wochen vorher, beim Bezirksleiter bzw. bei der Verwaltungsstellenleitung angefordert werden. Häufigere Hinzuladung der Mitgliederfrauen dürfte sich empfehlen.

Unsere ganze Bewegung ist eifrigt am Werke, in diesem Jahre ihre Mitgliederzahlen ganz wesentlich zu steigern. Da müssen wir Bauarbeiter zeigen, daß wir uns in der Werbearbeit von niemand übertreffen lassen. Wir haben ja auch die größten gewerkschaftlichen Erfolge aufzuweisen. Das erleichtert die Agitation. Darum kein Säubern mehr, zugefaßt! Der Erfolg wird der Lohn unserer Arbeit sein.

land in der Frage der Arbeitszeit der Zustand, daß für diejenigen, die am schwersten arbeiten müssen, die längste Arbeitszeit besteht. Das dem Reichsrat vorgelegte Arbeitszeitnotgesetz geht sehr tastend an die Dinge heran. Trotzdem geht es vielen schon zu weit. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund geht es nicht weit genug; seine dem Reichstag angehörenden Mitglieder werden dem Gesetz in dieser gegenwärtigen Fassung nicht zustimmen. Kein verantwortungsbewußter Führer im Deutschen Gewerkschaftsbund verlangt den schrittweisen Achtstundentag. Was aber erreicht werden muß, ist, daß jetzt, wo zwei Millionen Arbeitslose auf der Straße stehen, im Arbeitszeitnotgesetz, also im Übergangsgesetz, der „freiwilligen Mehrarbeit“ und der willkürlichen Ueberstundenwirtschaft wirksam begegnet werden muß.

Bei der gekennzeichneten, sehr unterschiedlichen Arbeitszeit kann man nicht mit einem Schlage plötzlich den Achtstundentag gesetzlich für die ganze deutsche Wirtschaft vorschreiben. Das ist dieselbe Prozedur gegenüber der deutschen Wirtschaft, als wenn man den Elefanten auf den Porzellanladen losläßt. Was in dem Übergangsgesetz erreicht werden muß, ist, daß für alle Arbeit über 48 Wochenstunden ein angemessener Zuschlag bezahlt, und daß die „freiwillige Mehrarbeit“ über 10 Stunden täglich entweder gesetzlich verboten oder mindestens so eingeeignet werden muß, daß sie nur in bereitgestellten Ausnahmefällen zulässig ist. Das große Arbeitszeitgesetz, das gegenwärtig dem Reichswirtschaftsrat vorliegt und im nächsten Winter dem Reichstag zugehen und die Arbeitszeit endgültig regeln soll, muß als Kern die 48stündige Arbeitswoche bringen.

In England ist dieses Ziel schon seit mehr als 20 Jahren verwirklicht. Die Arbeitszeit ist ein bedeutender Produktionsfaktor, aber nicht der einzige. Die Wichtigkeit der Unternehmer, die verstärkte Interessierung der Arbeiter am Betriebe und an der Wirtschaft, die Steigerung der Arbeitsfreudigkeit usw. sind ebenso wichtig. Das ist die ganz klare Situation. Sie ist die Kraftprobe für jede Koalition, ganz gleich, ob sie rechts oder links gerichtet ist.

### Interfraktionelle Besprechungen über das Arbeitszeitnotgesetz

In der Tagespresse wird unterm 10. März gemeldet: Die interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien über die Notregelung der Arbeitszeit sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Am gestrigen Tage nahm Reichszunser Dr. Marx und der Reichsarbeitsminister Dr. Braun an den Beratungen teil. Ueber den Stand der Verhandlungen wird Stillschweigen gewahrt. Die Fortführung der Verhandlungen läßt erkennen, daß eine Einigung noch nicht zustande gekommen ist. Dieses wird durch die Hartnäckigkeit erklärt, mit der die christlich-nationalen Arbeitnehmervertreter zur Durchführung ihrer Forderungen ringen. Da die im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten christlich-nationalen Arbeitnehmer die Fassung des Entwurfes als ungenügend ablehnten, ist für die Regierung eine neue Situation geschaffen. Jedoch sind die Gerüchte über eine Zurückziehung des Regierungsentwurfes, wie wir schon meldeben, völlig unzutreffend.

### „Die christlichen Gewerkschaften haben Flug operiert“

„Der Volksstaat“, das Organ der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens, der in den sozialistischen Parteidoctrinen nicht das einzigste und wirksamste Heilmittel sieht und sich durch seine nüchternen und sachliche Schreibweise recht vorteilhaft von der übrigen sozialistischen Presse abhebt, bringt eine kurze Schilderung des Streites zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in der Arbeitszeitfrage. Nachdem er Auslassungen des „Deutschen“ zitiert, schreibt der Volksstaat:

„Daß in der Tat die christlichen Gewerkschaften Flug operiert haben, geht daraus hervor, daß die Regierung erwägen soll, das Arbeitszeitnotgesetz zurückzuziehen. Der Protest des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, Ditt, hat offenbar den größten Eindruck gemacht. Er ist wohl geschickter nach Zustimmung mit den Arbeitervertretern in der Zentralfraktion. So ist nicht abzusehen, daß praktisch die christlichen Gewerkschaften von gewaltigem Einfluß sind. Darauf muß man wohl Rücksicht nehmen; es ist der Arbeiterschaft nicht gedient, wenn verächtlicher Spott zwischen ihren einzelnen Richtungen aufsteigt. Wenn die christlichen Gewerkschaften in der Tat die Zurückziehung des Arbeitszeitnotgesetzes erreichen, dann ist das eine Leistung, die der gesamten Arbeiterschaft weitgehend zum Heile gereicht. Man muß das ohne weiteres anerkennen.“

Rug kommt eine Zurückziehung des Entwurfes zwar nicht in Frage. Praktisch ist es ja gleich, ob der vorliegende Entwurf im Sinne der Arbeitnehmer ge-

## Der Kampf um das Arbeitszeitnotgesetz

Die sozialdemokratische Presse versucht den Anschein zu erwecken, als ob unsere Bewegung wankend geworden sei in dem Kampf für ein brauchbares Arbeitszeitnotgesetz. Das ist eine ganz dumme Agitationslüge. Die Tatsachen mögen sprechen!

### Stegerwald gegen den Notgesetzentwurf

Am 6. März sprach Doll Stegerwald in einer großen D.G.B.-Rundgebung in Jülich. Einleitend sagte er: „Seit Kreise leben in der Vorstellung, daß die gegenwärtige Koalition der sogenannten bürgerlichen Parteien die Entwicklung wieder rückwärts brechen könnte. Das Entgegengesetzte ist das Gebot der Stunde. Nur ein organisiertes Vorwärts kann in Frage kommen. Entweder das Bürgertum bringt dafür das erforderliche Serbändnis auf, oder aber wir sehen in absehbarer

Zeit wieder vor katastrophalen sozialen Erschütterungen.“

„Das“, so fuhr Stegerwald fort, „gilt auch für die gegenwärtige ernste Streitfrage, für die Frage der Arbeitszeit. Im Reichstag herrscht Uebereinstimmung darüber, daß viele Unternehmer mit der gesetzlich zulässigen „freiwilligen Mehrarbeit“ großen Mißbrauch getrieben haben. In einer Stunde, wo Deutschland zwei Millionen Arbeitslose zählt, die von der Allgemeinheit unterhalten werden müssen, sind Arbeitgeber, Arbeiter und Angestellte bis zu 16 Stunden täglich, und zwar nicht nur an einzelnen Tagen beschäftigt. Die Gewerkschaften konnten dagegen im Zeichen der großen Arbeitslosigkeit nicht wirksam ankämpfen. Wenn wir von der „freiwilligen Mehrarbeit“ absehen, dann existieren gegenwärtig in Deutschland fünferlei Arbeitszeiten. Etwa die Hälfte der deutschen Arbeiter arbeitet acht Stunden! Für einen anderen größeren Teil besteht hinsichtlich der Achtstundentag mit der Maßgabe, daß für Mehrarbeit ein Zuschlag bezahlt werden muß!“

In allgemeinen herrscht gegenwärtig in Deutsch-

ändert oder ob ein veränderter Entwurf neu eingebracht wird. Der letztere Weg würde nur eine Verzögerung der dringlichen Notregelung bedeuten. Immerhin zeigt die vorstehende Auslassung, daß selbst Sozialisten, wenn sie ehrlich und offen sind, die Arbeit der christlichen Gewerkschaften anerkennen.

**Arbeitnehmereinheit im Reichswirtschaftsrat**

Die in der Abteilung II des Reichswirtschaftsrates zusammengeschlossenen Arbeitnehmervertreter der drei großen Gewerkschaftsrichtungen gaben einmütig folgende Erklärung ab:

„Die Abteilung II hat von dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes Kenntnis genommen. Sie erklärt, daß dieser Entwurf hinter den berechtigten Erwartungen der Arbeitnehmer weit zurückbleibt. Sie erhebt Einspruch, daß sie durch die verspätete Vorlegung gehindert wurde, die Auffassung der Arbeitnehmer gegenüber dem Regierungsentwurf zur Geltung zu bringen.“

In diesen harten Tatsachen muß und wird das sozialdemokratische Lügengericht von dem Umfall der christlichen Gewerkschaften in der Frage des Achtstundentages zerschellen. Die Wahrheit ist, daß die christlichen Gewerkschaften bzw. ihre parlamentarischen Vertreter den Kampf um die baldige Wiederherstellung des Achtstundentages in vorröcher Linie führten, während die Sozialdemokratie eine bequeme Klappenstellung bezogen hat. Die christliche Arbeiterkraft steht deshalb auch in Ehren zu ihren Führern und wird sich durch die sozialdemokratische Pressehege bekümmert nicht durcheinander bringen lassen.

**Kampf dem Baustoffwucher!**

Gerne hören wir Bauarbeiter die allgemeine Forderung von einer wesentlichen Verringerung der Baukosten in diesem Jahr, und in der Tat, an Anzeichen hierfür fehlt's nicht. Leider beobachten wir in den letzten Wochen eine Erscheinung, die unsere Hoffnungen zu einem erheblichen Teil zunichte machen kann. Der Baustoffwucher lebt wieder auf! In unserem Gebiet sind die Baustoffpreise in den letzten 14 Tagen um rund 20 Prozent gestiegen, und so wird es überall sein. Dabei ist die Preissteigerung erst in den Anfängen zu stehen. In Gladbeck beispielsweise sind die Dinge so weit gediehen, daß bereits alle Ziegelsteine angeliefert sind. Die Folge davon ist, daß der einzelne Unternehmer bzw. Bauherr in diesem Frühjahr gezwungen ist, jeden Preis zu zahlen, um überhaupt Steine zu erhalten. Ähnliche Preissteigerungen sind bei den übrigen Baumaterialien zu beobachten. Vor allem ist das Bauholz enorm im Preise in die Höhe gegangen.

Die Folge dieser spekulativen Ausnutzung einer noch bevorstehenden Bauaktivität wird sein, daß eine ganze Anzahl Bauvorhaben nicht ausgeführt wird. Eben weil durch diese Verteuerung die Baukosten sich so hoch gestalten, daß der Arbeiter und kleine Mittelständler die nötigen Summen nicht aufbringen kann. Die Höhe der Hauszinsrentenhypothek ist überall von den Kommunen bereits festgelegt. Folglich ist der Bauende gezwungen, den Mehrkostenpreis von der Sparkasse oder irgendeiner Bank zu nehmen. Dadurch wird aber die aufzubringende Zinsenlast gewaltig in die Höhe geschraubt.

Sollen diese schädlichen Einwirkungen auf den Baumarkt behoben werden, dann ist schnellste Hilfe notwendig. Die Preisringe und Syndikate haben es wirklich verstanden, die Situation für sich auszunutzen. Für uns ist dieses der beste Beweis, daß die Forderung der Gewerkschaften, eine gesetzliche Kontrolle dieser Gebilde einzuführen, durchaus berechtigt ist. Ich bin jetzt davon überzeugt, wird hier nicht mit gesetzlichen Maßnahmen eingeschritten, dann wird das ganze Bauprogramm über den

Haufen geworfen und das Baugewerbe bleibt, sehr zum Schaden des allgemeinen Arbeitsmarktes, weiter unbefriedigend beschäftigt. Wir müssen daher von den maßgebenden Regierungsstellen fordern, daß dieser Entwicklung von vornherein vorgebeugt wird.

Wir wurden weiter darauf aufmerksam gemacht, daß einzelne Ziegeleien von Schachtanlagen ihre Produktion auffällig verringerten. So berichteten uns die Kollegen von Dorten, daß die dort gelegene Zeche „Fürst Leopold“ in der Lage sei, täglich 25.000 Steine fertigzustellen. In Wirklichkeit produziere sie aber in den letzten Wochen nur 15.000 Steine täglich. Dieses ist um so auffälliger, als die Nachfrage groß genug ist, um die volle Produktion abzudecken. Dasselbe wird auch von anderen Ziegeleien gemeldet.

Angeichts dieser ganzen Verhältnisse müssen wir Bauarbeiter fordern, daß dem Baustoffwucher mit den härtesten gesetzlichen Mitteln zu Leibe gerückt wird. Reichen die gewöhnlichen Mittel nicht aus, dann müssen außergewöhnliche ergriffen werden. Seit Jahren mühen sich die Reichs- und Staatsbehörden im Verein mit den

„Es bedingt die notwendige Lohnentwicklung die Ablehnung vom alleinigen Glauben an die soziale Berechtigtheit des Staates. Nur dort, wo freie Kräfte sich regen, wo ein ernster Wille zur Tat führt, wo Opfer gebracht werden für ein erreichbares Ziel, da wirkt der Erfolg. Das Jahr 1926 war ein Jahr der Hoffnungen auf die Staatshilfe. Manche Hoffnung hat sich erfüllt. Die Hilfe wird den Bedürftigsten. Das Jahr 1927 muß ein Jahr der Selbsthilfe sein. Der Erfolg muß denen werden, die in selbstloser Hingabe der Ärmsten ihrer Arbeitsbrüder gedachten und dabei selbst nicht weiterkamen. Die sozialen Verhältnisse aber gestalten nicht die Arbeitsunfähigen, sondern die Schaffenden.“  
Zentralblatt der christl. Gewerkschaften.

Kommunalverwaltungen ab, um Deutschland aus dem großen Wohnungsleiden herauszubringen. Die finanziellen Vorbedingungen zur Erreichung dieses Zieles sind nicht ganz schlecht. Und nun droht die Spekulation auf dem Baumarke alle schönen Pläne illusorisch zu machen. Das Eigenartige hierbei ist, daß die Deffentlichkeit scheinbar von diesen Dingen nichts sieht oder sehen will. Auch die Tagespresse verhält sich ruhig. Mit Recht wurde in einer Mitgliederversammlung hervorgehoben, würden wir Bauarbeiter eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung fordern, dann wäre die Entzweiung in der Deffentlichkeit groß. Jetzt aber, wo durch die Spekulation auf dem Baumarke ungerechtfertigterweise noch mehr aus der Volkswirtschaft gezogen wird, da vernehmen wir keinerlei Klagen. Daher haben wir Bauarbeiter ein um so größeres Recht, zu fordern, daß diesem Wucher begegnet wird.

Wie man hört, will die Reichsregierung durch die kommende Mietpreiserhöhung mehr Mittel für den Wohnungsbau gewinnen. Es ist zu fordern, daß dieses Mehrkommen restlos dem Wohnungsbau zugeführt wird. Wenn aber der spekulativen Preistreiber auf dem Baustoffmarkt nicht entgegengewirkt wird, dann fließt das Mehrkommen in die Taschen der Spekulanten. Daher ist es wirklich die höchste Zeit, daß im Interesse der Erstellung gesunder und billiger Wohnungen unverzüglich gegen diese Parasiten eingeschritten wird.  
Josef Einig, Gladbeck.

**Geht es schon wieder los?**

Jahrelang hat man die Bauarbeiter in der Erwerbslosenfürsorge gepiesackt bis aufs Blut. Auf Grund der unausgesehenen und eindringlichen Vorstellungen der Bauarbeiterverbände bei den staatlichen Zentralstellen wurde es dann vor etwa Jahresfrist merklich besser. Nunmehr aber scheint in manchen Gebieten die allzu rigorose Behandlung der Bauarbeiter wieder losgehen zu sollen. Ein Kollege aus dem Fuldaer Gebiet teilt uns seinen Fall mit. Am 4. Dezember 1926 wurde er arbeitslos. Auf seine Meldung beim Arbeitsnachweis in Fulda wurde ihm eröffnet, daß er als Saisonarbeiter zunächst eine vierwöchige Wartefrist durchzumachen habe. Nachher sollte er einen neuen Antrag stellen. Das geschah. Der „Erfolg“ war die schriftliche Mitteilung an unseren Kollegen, daß er eine 2 1/2 Hektar große Landwirtschaft besitze, seine Familie nur aus drei Personen bestehe und er mithin nicht unterstützungsbedürftig sei. Eine Bescheinigung beim Verwaltungsausschuß wurde von diesem „schon“ am 26. Februar d. J. als unbegründet abgewiesen.

Zunächst ein Wort zur vierwöchigen Wartefrist. Seit Jahr und Tag ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe groß, und zwar nicht als Auswirkung der „Saison“, sondern ganz einfach infolge von Arbeitsmangel. Die Bauarbeiter des Fuldaer Landes sind besonders schwer betroffen, weil ihnen die von altersher gewohnten Arbeitsplätze im Westen unseres Vaterlandes heute größtenteils verschlossen sind. Bei solcher Sachlage den Bauarbeitern eine längere Wartefrist aufzuerlegen als den übrigen Erwerbslosen, und gar in dem bezeichneten Ausmaße, muß schon als das Musterbeispiel einer unbilligen Härte bezeichnet werden. Es gibt auch nur noch verhältnismäßig wenige Arbeitsnachweise im Deutschen Reich, die von den Bauarbeitern eine vierwöchige Wartefrist verlangen.

Dann die endgültige Ablehnung des Unterstützungsanspruches. Wir wären begierig, zu hören, wie der Fuldaer Arbeitsnachweis bzw. dessen Verwaltungsausschuß diese Entscheidung in Einklang mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen bringen will. Zunächst ist an den Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers III. B. 110/26 vom 19. Januar 1926 zu erinnern. Er war gerade mit Bezug auf die Verhältnisse in den ländlichen Gegenden erlassen. Eingangswort wird betont, daß die Bauarbeiter grundsätzlich Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Dann heißt es wörtlich:

„Was dabei die Frage der Bedürftigkeit angeht, so stelle ich eine weitherzige Prüfung anheim. Es muß zwar an dem Grundsatz festgehalten werden, daß der Saisonarbeiter einen höheren Lohn eben deshalb erhält, weil seine Hauptarbeitszeit zeitlich beschränkt ist. Es kann aber in diesem Jahre nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß der Arbeiter 1924 im Durchschnitt derart abgebrannt an Kleibern, Schuhwerk usw. für sich und seine Familie war, daß er zunächst hier für notwendige Ertragsvorsorgen mußte, bevor er an Ersparnisrücklagen denken konnte. Bei dem Vorhandensein kleinen ländlichen Besitzes wird auch auf die geringe Ertragsfähigkeit eines armen, noch dazu wahrscheinlich nicht sehr intensiv bewirtschafteten Bodens gebührende Rücksicht zu nehmen sein.“

Zwischen (22. Januar 1927) hat der Reichsarbeitsminister neue Ausführungsbestimmungen zur Bedürftigkeitsprüfung in der Erwerbslosenfürsorge erlassen. In der amtlichen Begründung dazu heißt es einleitend (Reichsarbeitsblatt Nr. 47/1926, Seite 406):

„Die Bedürftigkeitsprüfung in der Erwerbslosenfürsorge ist reichsrechtlich im § 7 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I, S. 127) geregelt. Ausführungsbestimmungen des Reichs sind bisher nicht ergangen, und auch

**Zur Geschichte der Gesellenschaft**

Von Heinrich Krauß, Schwabach.

III.

Zu die Rundschaft sehen.

Es ist dies kein geringes Stück ihrer Jurisdiktion (Gerichtsbarkeit), wenn sie einen in die Rundschaft setzen und weit weit kräftiger als die durch die peinlichen Gerichte (der weltlichen Obrigkeit) ausgeübten Strafbefugnisse und ist auch mit weit geringeren Kosten, als diese verbunden. Denn man hat nicht mehr nötig, als ein einziges Exemplar, braucht keine Relation abzuwarten, nicht etwa einen Mann für die Reize auf Vortragsreisen, nicht sorgfältige und kostbare Registraturen vorzuführen und hat sich keiner Fatale des Anschlags oder Verschmähens des Faktums oder was dergleichen bei den Gerichten vorzunehmen pflegt, zu bezeugen. Es gibt dort (bei Strafrichten der obrigkeitlichen Gerichte) zwar etliche Vorgesetzte, die herbeizuziehen und den Anschlag lesen, aber es geht doch der Hundschreier davon, daß er sich selber ansehe. Aber hier (bei den Rundschaften der Handwerker) ist es ein durchgehendes Interesse, die Handwerksangelegenheit, da jeder darüber hält, ob ihnen rechtliche Gesetze zugewiesen oder die von ihnen angewandten Gesetze (in Arbeit genommen) werden sollten und beizulegen. Dazu kommt der Nachdruck, welchen sie in ihren Sachen wahrnehmen und um so eifriger darüber halten, daß sie auch den obersten Gerichten vorgehen. Die Gesellen verbreiten es beim Wandern hin und her weniger Zeit nicht etwa in dreier Herren Rede, sondern was es durch ganze Provinzen durchdringt bekannt. Der so geschickte und in die Rundschaft Geselle muß also ganz ohne sicherer Geleit wieder kommen und sich absuchen, sollte es auch bis in die Über vergangen. Welcher Rechtsfürst ist wohl dermaßen mächtig? Und hier haben die Handwerker auch bei

Gleichförmigkeit ihrer Gewohnheiten. Sollen deshalb die Reichsstände sich helfen, müssen sie sich auch einig werden, denn bedrohet man die Seimgen, so berufen sie sich auf die Anwärterigen, werfen ihren eigenen Herren deren Unvernunft vor: Draußen könne er ihnen ja nicht helfen, von wemmen ihnen keine Gesellen zugewiesen würden und die welche sie auswichen, nicht angenommen würden.

Die Form eines Gesellenbriefes in älterer Zeit ist aus dem von Schönlank im Urkundenanhang zu seinen „Sozialen Kämpfen vor 300 Jahren“ aus der Rürnbergger Senklerlade mitgeteilten interessanten Aufbruch der Regensburger Senklergesellen an die Gesellen der Senklerhandwerke vom 11. Januar 1540 zu ersehen.

Unsere freundlichen Gruß und willigen Dienst, ehejamer lieben Gesellen, Wir thun euch zu wissen, daß ein Senkler-Gesell bei euch soll arbeiten, der nennt sich Jacob Raur von Dinkelsbühl und hat gearbeitet zu Schwäbisch Hall. Demselben Jacob hat ein Senklergezell bei uns mit Namen Reichart von Regensburg also haat aus dem Säckel (Gesellenbüchse) geliehen 2 Goldgulden und 1/4 Gulden. Da hat ihm Jacob von Dinkelsbühl angelobt und gesagt, er wolle dem selben Gesellen Reichart das geliehene Geld, ehe er aus der Stadt ziehe, wieder zu stellen, sonst wolle er ein Söckel und ein Dieb seines Handwerks sein. Dabei sind gewesen ihrer zwei, ein Apotheker und ein Barbier. Nun ist Jacob ohne Willen und Wissen des selben Gesellen Reichart weggezogen und hat ihn nicht zufrieden gestellt und ist seinem Gelübde nicht nachgekommen: dazu hat er auch noch zu Regensburg gute christliche Leute geprellt, so daß ihm mitterweile, will er sich vor Schaden nicht hüten, noch mehr wird nachgeschrieben werden. So geht uns unsere Bitte an euch, ihr wolleit den selben Jacob dazu anhalten, daß er seines Gelübdes Lebzig werde und den zufrieden stelle, den er schuldig ist. Solches wollen wir uns euch verbieten (wir sind zu Regensburg bereit). Ist er nicht bei euch, so schicket den Brief weiter. Der selbe Jacob trägt einen wollenen Mantel

und einen welchen Schaubenhut. Er weiß, daß es ihn angeht. Damit seit Gott befohlen.

Datum Regensburg am Sonntag nach St. Erhardt Tag 1540 Jahr.

von uns Sedler-Gesellen mit Willen und Wissen der geschworenen Meister zu Regensburg.

Der Brief gehört den ehrbaren Gesellen der Sedlerhandwerke zu.“

Fußhaltung:

Dies ist eigentlich ein Gerichtswort und bedeutet die Versicherung, daß man jeder Zeit dem Gericht sich zu stellen bereit sei, daß man also Fuß halten, weder weichen noch wanken wolle. Es haben's aber manche Handwerker an sich gezogen und gleichsam für eine Ediktal-Citation gebraucht, wenn einer unausgemachter Sache fortgezogen, in welchem Sinne es z. B. die Radler gebrauchen. Eigentlich ist es ein solennes Schwelten (feierliche Berrufserklärung), wie dies aus den Formalien hervorgeht, wie mir solche zu Händen kommen:

So mit Gung, es ist mir vorgelegt worden Peter von Spittel und Thomas von Eßoren, die sollen weder gehret noch gefordert (= gefordert) werden, so lang und so viel, bis sie persönlich nach Leipzig kommen, und von wegen des Straf-Geldes welches in die Gesellen-Büchse (Gesellenkasse) gehret, erlegen, laut ihrer Articular-Briefe: Welches aber nicht geschehen, und nach diesem ihre Sachen ausführlich machen, nach Handwerks-Gewohnheit. So mit Gung, es haben's die Meister in Leipzig, Meister Hans und Meister Seit dem ganzen Handwercke zu erkennen geben, und mit Rahmen dabei gewesen:

- |                                   |                          |
|-----------------------------------|--------------------------|
| <b>Die Meister:</b>               | <b>Gesellen:</b>         |
| Christoph Schärer von Torgau      | Hans von Eger            |
| Dr. Christoph Ebelst von Frey     | Hans Andreas von Dreßlau |
| Matth Bernuth von Rochlitz        | Christian von Frey       |
| Hans Kleininger von Pegau         | Caspar von Dreßlau usw.  |
| Christoph Oberdorff von Altenburg | (Schluß folgt)           |

die obersten Landesbehörden haben nur zu einem geringen Teil solche Vorschriften erlassen. Infolgedessen wird die Bedürftigkeit vornehmlich nach örtlichen Bestimmungen geprüft. Diese sind zwar in einigen Arbeitsnachweisbezirken besonders wohlwollend, in anderen Bezirken dagegen so streng, daß ihre Anwendung zu Härten führt, die nicht mehr vertretbar erscheinen, zumal seitdem die Arbeitnehmer zur Deckung des Aufwandes der Erwerbslosenfürsorge mitherangezogen werden. Aus diesen Gründen hat die Reichsregierung sich im Reichstage bereit erklärt, durch Ausführungsvorschriften eine gleichmäßige und, wo es noch nicht geschehen ist, eine entgegenkommende Handhabung der Bedürftigkeitsprüfung sicherzustellen.

Als zweiterlei erstrebt der Reichsarbeitsminister: Einmal eine Vereinheitlichung der Vorschriften für die Bedürftigkeitsprüfung, dann eine entgegenkommende Handhabung der Bedürftigkeitsprüfung selbst.

In den neuen Ausführungsvorschriften wird der Begriff des „kleineren Besitzes“, der für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden darf, erläutert. Es gehören dazu: „Spargrößen, Wohnungseinrichtungen, insbesondere angemessener Hausrat, oder ein kleines Hausgrundstück, das der Erwerbslose ganz oder zum größten Teil mit seinen Angehörigen bewohnt“. Hinsichtlich des weitergehenden Besitzes bestimmt der Artikel 3b, 6:

„Einnahmen aus Besitz (z. B. Zinsen, ersparte Wohnungsmiete, landwirtschaftliche Erzeugnisse) sind... auf die Erwerbslosenunterstützung unbeschränkt anzurechnen. Jedoch sind hierbei die notwendigen Aufwendungen (z. B. Werbungskosten) abzuziehen...“

Also, nur wenn die Reineinnahmen aus dem landwirtschaftlichen Besitz des Erwerbslosen so hoch oder höher sind als die Erwerbslosenunterstützung, kann ihm diese völlig verweigert werden; in anderen Fällen hat er Anspruch auf eine entsprechend gekürzte Unterstützung. Der Zulauer Arbeitsnachweis hat unter Hinweis auf die 2 1/2 Hektar große landwirtschaftliche Bodenfläche den Unterstützungsanspruch im ganzen abgelehnt. Will er behaupten, daß auf diesem Zwergebesitz eines als kärglich bekannten Bodens sich eine dreiföpfige Familie erhalten könne, ohne binnen kurzer Zeit dem wirtschaftlichen Ruin zu verfallen? Gewiß könnte der Erwerbslose von seinem Land verkaufen, vorausgesetzt, daß er Abnehmer findet. Aber es heißt ausdrücklich in den neuen Ausführungsvorschriften: „Die Verwertung des Besitzes darf nicht verlangt werden, wenn sie eine unbillige Härte für den Erwerbslosen oder seine oben genannten Angehörigen bedeuten würde. Dabei ist insbesondere die Lebenshaltung des Erwerbslosen zu berücksichtigen.“ Es sei noch bemerkt, daß der in Frage stehende Besitz mit 3000 Mark zur Aufwertung angemessen ist und andere Erwerbslose mit ähnlichen Besitzverhältnissen Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Wir halten die Entscheidung, die für uns mehr als die Bedeutung eines Einzelfalles hat, für ganz unhaltbar und möchten hoffen, daß sie im Falle einer Wiederholung des Antrages eine entsprechende Revision erfährt.

## Arbeitslosenmarken

Wie in vielen Verbänden, sind auch in unserem Verbande die Mitglieder in der Zeit, wo sie erwerbslos sind, beitragsfrei; die erwerbslosen Mitglieder stehen also beitragsfreie Marken. In vielen Ortsgruppen und Verwaltungsstellen wird die Ausgabe dieser Marken leider recht oberflächlich gehandhabt. Mitglieder wie auch die Vorstände sind der Meinung, daß diese Marken am Schlusse des Jahres geklebt werden können, oder in den Abwandergebieten erst dann, wenn die Kollegen abreisen.

Es hat sich durch diese oberflächliche Handhabung vielerorts ein unhaltbarer Zustand herausgebildet. Jetzt kommen aus vielen Orten noch Nachbestellungen auf große Mengen von Arbeitslosenmarken für das Jahr 1926. Solche Marken sind nicht mehr vorrätig und können jetzt, nachdem schon bald das erste Vierteljahr des Jahres 1927 verstrichen ist, nicht mehr geliefert werden. Wenn das Jahr zu Ende und in den Verwaltungsstellen die Abrechnung für das 4. Vierteljahr fertiggestellt ist, können doch keine Marken, auch keine Arbeitslosenmarken, mehr für das verstrichene Jahr verabsolgt werden.

Die arbeitslosen Mitglieder müssen genau so wie die in Arbeit stehenden in ihr Mitgliedsbuch laufend, also wöchentlich, in Ordnung bringen. Sie verlieren sonst jede Fühlung mit dem Verband, da sie keine „Baugewerkschaft“ erhalten, sie besuchen auch keine Versammlung, laufen aber auch Gefahr, ihre erworbenen Rechte zu verlieren. Denn auch arbeitslose Kollegen sind mit ihren Beiträgen im Rückstand, wenn sie die Arbeitslosenmarken nicht regelmäßig in ihr Buch legen. Für die Organisation ergibt sich der Uebelstand, daß den Leitungen der Ortsgruppen, Verwaltungsstellen und Bezirke sowie auch dem Hauptvorstand jede Uebersicht über den Stand des Verbandes verlorengeht.

Es muß daher Wandel geschaffen werden. Die Mitglieder, die arbeitslos sind, müssen sich selbst darum bemühen, daß sie auch die Arbeitslosenmarken laufend erhalten. Jedes Mitglied muß sich selbst um seine Verbandssachen kümmern. Man begegnet oft der Auffassung, als brauche man sich um nichts zu kümmern, denn der Vorstand sei dazu da, jedes Mitglied zu bedienen.

Nein, jedes Mitglied hat selber dafür zu sorgen, daß sein Mitgliedsbuch in Ordnung ist! Wenn ein Kollege daher nicht kassiert wird, ist er verpflichtet, sich bei dem Kassierer zu melden. Es ist in manchen Orten, insbesondere in den Abwanderungsgebieten, nicht möglich, eine geregelte Hauskassierung durchzuführen. In solchen Orten dürfen die arbeitslosen Kollegen den Weg zum Kassierer

## Am 19. März 1927 ist der zwölfte Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

nicht scheuen, denn in den meisten Fällen handelt es sich doch um kleine Orte.

Aber es trifft auch die Vorstände in manchen Orten viel Schuld. Sie müssen sich auch bemühen, die arbeitslosen Kollegen bei dem Verbandsbesuche gerade durch die in den vorstehenden Zeilen geschilderte oberflächliche Handhabung der Arbeitslosenmarken sind uns viel Mitglieder verlorengegangen und haben wir im Verband viel Mangel und Unannehmlichkeiten bekommen. Möge man nun allseitig auf dem Posten sein und für Ordnung sorgen.

In dieser Stelle sei auch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle Kollegen, die aus den Heimatorten abreisen, sich bei dem Ortskassierer abmelden und ihr Buch in Ordnung bringen, sich aber auch am Arbeitsort sofort wieder anmelden. Dieses gilt auch für die Kollegen, die wöchentlich oder öfter nach Hause fahren können. Jedes Mitglied muß dort, wo es arbeitet, angemeldet sein und seine Beiträge zahlen. Nur dort, wo keine Ortsgruppe oder Verwaltungsstelle in der Nähe des Arbeitsortes ist, kann eine Ausnahme gemacht werden.

## Allgemeine Rundschau

### Großstadt von heute

Sie ist keine Heimat. Sie hat nicht das Zeug dazu, die Menschen an den Boden zu binden. Das Bezirksamt ist keine gewachsene Gemeinde. Es hängen keine Ähren an den Drähten. Auf den Höhen blüht keine Kastanie.

Aber selbst im engsten Sinne ist diese Stadt heimatlos. Sie hat keinen Platz für ihre Menschen. Sie ist Bethlehem. „Er kam zu den Seinigen. Sie nahmen ihn nicht auf.“ Sie haben Platz, die Städte in ihrem Westen. Wo die Villen stehen mit den weißen Gartenzäunen. Mit den hellen Kieswegen. Mit den gepflegten Spalierbäumen. Mit den geschorenen Rasenflächen. Mit den breiten Autogaragen. Ost ganze Lurhallen für zwei Kinder des herrschaftlichen Hauses. Aber im Norden? Im Nordosten? In den Vororten, über denen die Fahnen der Schöten stehen? Kein Platz! Ortskrankenkasse Berlin! Statistik 1919/20! Merkt die Zahlen: 51 332 Kranke in einem Raum; in dem stehen oder mehr Personen wohnen! 51 332! Das ist eine halbe Hunderttausendstadt! Hört weiter. Die gleiche Statistik. 3071 Kranke kein Bett für sich. Davon 599 Lungentränke! Neben jedem ein Schlafgenosse! Hört weiter! In der „Palme“ an der Fröbelstraße jede Nacht 4000 Obdachlose. Rauchmal 6000. Morgens um sechs werden sie hinausgesetzt. Damit das Lotal gereinigt werden kann und sie selbst das Bewußtsein behalten, keine Dauerwohnung zu haben. Die heimatlose Stadt.

Wer will in dieser Stadt den Dekalog predigen, der nicht alles daran setzt, ihren Menschen Wohnung, ihren Menschen Heimat zu geben! Das war sein Programm, des Bischofs von Mainz, Emanuel von Ketteler, des westfälischen Adligen. Dem die Jagdgründe des Sauerlandes und der Lindenduft von Münster im Gemüte lagen. Weil er Priester war, liebte er die neue Welt, die die Vorjahre ihm aufschloß. Begleitete in sie die Zuwanderer des letzten Jahrhunderts, die Großstadtmenschen. Er sprach: „Ich habe den Bischofseid geleistet, den Waisen und Witwen Vater zu sein, den Armen zum Recht zu helfen. Diesen Eid will ich halten. Ich kann der Großstadt das Evangelium künden, nur wenn ich seine Befolgung möglich mache. Wenn ich den Boden der Natur schaffe, auf dem der Tempel der Uebernatur aufwächst.“

Dr. Carl Sonnenschein in „Deutsche Republik“.

### Sie sagt „Gewerkschaftsmonopol“ und meint den Tarifvertrag

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ verschwendet ganze Säizer von Bruderzwang auf den Kampf gegen ein angebliches „Gewerkschaftsmonopol“. Was sie in Wirklichkeit meint, hat sie in einem unbewachten Augenblick ausgeplaudert. In ihrer Nr. 15 schrieb sie nämlich folgendes:

„Dieses Monopol in der Gewährung einer Arbeitszeitverlängerung, welche für die überwiegende Zahl der Betriebe heute einfach unerlässlich ist, ist ein starker Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen, als er von allen Schlichtungsinstanzen des neueren Arbeitsrechtes zusammen ausgeübt wird. Wer heute eine Arbeitszeitverlängerung notwendig hat, kann nicht umhin, den „anerkannten“ Gewerkschaften seine Zustimmung zu machen. Da wird ihm dann zunächst klar gemacht, wofür ungeheures Opfer er verlangt und welcher Gegenleistung es bedarf, damit der Abschluß des Achtstundentages, natürlich mit Einschränkungen und Verlaufsänderungen, vorübergehend durchbrochen werden kann. Und dann folgt der übliche Rattenjagd nach tariflicher Bindungen. Es verdient größte Beachtung, daß auch das neue Arbeitsschutzgesetz eine gleiche Monopolstellung der Gewerkschaften festzulegen beabsichtigt. Damit würde der Kampf um die Regelung des Arbeitszeit nachgerade verweigert und gleichzeitig der stärke Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen ausgeübt werden. Dieses Gesetz bietet daher die beste Gelegenheit, um endlich in das Gewerkschaftsmonopol Breche zu schlagen.“

Hier also liegt der Hase im Pfeffer. Um nichts anderes geht es der „Bergwerkszeitung“, als um die Beseitigung der Tarifverträge, um die Beseitigung des Mitbestimmungs-

rechtes der Arbeitnehmer überhaupt. Man will Arbeitszeit- und Lohnfragen alleine regeln und den Arbeiter wieder völlig rechtlos machen. Dagegen wird sich die organisierte Arbeiterchaft mit aller Kraft wehren. Traurig nur, daß ihre Abwehrfront keine geschlossene ist. Die vielen Unorganisierten unterbrechen und schwächen sie.

### Richtige Erkenntnis, falsches Handeln

Aus Anlaß des 90jährigen Bestehens der Firma Ernst von Borzig veröffentlicht Geheimrat Ernst von Borzig in seiner Werkzeitung einen Aufsatz. Dort finden wir folgende durchaus zutreffende Sätze:

„Mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Situation, in der sich die Unternehmer einerseits und die Arbeitnehmer andererseits befinden, und mit Rücksicht auf die nun einmal gegebenen Grenzen des menschlichen Erkenntnisvermögens ist es ganz natürlich, daß um den richtigen Ausgleich der unmittelbaren Interessen gegenläufig ständig gekämpft wird. Ich kann dies auch nicht einmal bedauern. Ohne Kampf kein Fortschritt! Und solange es keinen objektiven und auf alle Einzelfälle anwendbaren Maßstab gibt für das, was sozial wünschenswert und zugleich wirtschaftlich tragbar ist, wird das praktisch Durchführbare eben sehr häufig im Meßen der beiderseitigen Kräfte gefunden werden müssen.“

Wenn dem also so ist, warum fördert man dann die gelben Wertsgemeinschaften, die ein ehrliches Ringen um den Interessenausgleich von vornherein als „werksschädlich“ ablehnen und den Unternehmer kampflös nach feinen Gutdünken schalten und walten lassen wollen? Das untergräbt doch nach Borzigs eigenen Worten den Fortschritt, der nur „im Meßen der beiderseitigen Kräfte“ liegt.

### Gute Auswirkungen des Achtstundentages in Holland

Nach dem Zentralbericht der holländischen Arbeitsinspektion für das Jahr 1925 hatte die Verkürzung der Arbeitszeit sehr günstige Folgen sowohl für die Produktion wie für die Arbeiter, deren Arbeitsfreude sichtlich gehoben wurde. Die Produktion nahm in wenigen Jahren im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter um 50 bis 100 Prozent zu, wofür ein umfangreiches Beweismaterial beigebracht wird. Weiter stellte eine Erhebung über die Verwendung der Freizeit fest, daß die Lebensweise der Arbeiter eine bessere geworden ist, somit der Gesundheitszustand eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung nahm, was vor allem Dingen auch in der Verringerung der Krankenziffern zum Ausdruck kam. So erhöhte sich die Arbeitskraft, die Zahl der Ausfallstage infolge Krankheit sank, und dadurch wurden die Lohnkosten herabgedrückt.

Warum will man diese gesunde Erkenntnis nicht auch in den anderen Ländern wahr haben?

### Auch in Amerika hat sich der Achtstundentag bewährt!

Wie im „Wirtschaftsdiener“ (Heft 3, 1927) mitgeteilt wird, ergab die vom Handelsministerium bearbeitete Statistik über die Arbeitsleistung in der Eisen- und Stahlindustrie eine 60prozentige Leistungssteigerung von 1914 bis 1925. Seit 1899 hat sich die Produktion je Arbeitsstunde eines Arbeiters sogar verdreifacht. Ferner hat die Untersuchung ergeben, daß die Umwandlung des Zwölfstundentages in einen Achtstundentag ohne Mehraufwand an Arbeitskräften und ohne Beeinträchtigung der Produktionshöhe durchgeführt werden konnte.

## Tariffbewegung

### Bezirk Bochum

**Dorsten.** In unserer letzten Versammlung wurde scharf kritisiert, daß die Dorstener Unternehmer es noch nicht für notwendig halten, die tariflichen Löhne zu zahlen. Sogar am Erweiterungsbau des katholischen Krankenhauses werden die einseitig von der Junkung festgesetzten Stundenlöhne gezahlt. Die Versammlung nahm von ihrem Vorsitzenden zur Kenntnis, daß der katholische Pfarrer nachdrücklich versucht habe, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums, die Zahlung der Tariflöhne am Erweiterungsbau zu erreichen. Die Versammlung dankte ihm für seine Bemühung, sprechen aber um so mehr ihr Bestreben darüber aus, daß die übrigen Mitglieder des Kuratoriums sich nicht zu dem selbstverständlichen Recht der Bauarbeiter aufschwüngen konnten. Das Verhalten der Verwaltungsräte wie auch das des Kuratoriums des Krankenhauses werde der christlichen Sache bestimmt nicht dienlich sein. Die Bauarbeiter ihrerseits geloben alles zu tun, damit auch dieser rückständige Standpunkt baldigt einem sozialen Fortschritt weichen muß.

## Aus dem Verbandsleben

**Berwaltungsstelle Augsburg (Jahresbericht).** Die Bauaktivität im Bereich der Verwaltungsstelle erfüllte die beim Jahresbeginn gehegten Hoffnungen nicht. Sie blieb vielmehr hinter diejenigen des schlechtesten Baujahres 1925 noch zurück, und dürfte in der Nachkriegszeit eine der schlechtesten gewesen sein. Das Wohnungsbauprogramm wurde viel zu spät verabschiedet. Wenn auch versucht wurde, den dadurch entstandenen Schaden durch ein sogenanntes Herbstbauprogramm auszugleichen, so wurde das Versäumte doch nicht mehr ganz eingeholt. Gespeist wurde der Baumarkt hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken. So entstanden in der Hauptstadt Wohnungs- (Genossenschafts-)bauten. Große Industriebauten oder andere große

Bauprojekte, die die Arbeitsmarktlage hätten maßgebend beeinflussen können, kamen nicht zur Ausführung. Die Beschäftigung unserer Mitglieder war deshalb keine dauernde, sondern eine sehr periodische. Daß sich dieser Umstand auch gewerkschaftlich ungünstig, speziell im Absatz von Sollmarken, auswirkte, ist selbstverständlich.

Zur Arbeitsmarktlage erwähnenswert ist auch die vielfache Verdrängung der eigentlichen Bauhilfsarbeiter durch Erwerbslose aus anderen Berufen und durch Zuwanderung von Arbeitskräften aus ländlichen Gebieten, die bis vor kurzer Zeit für die Beschäftigung im Baugewerbe nicht in Betracht kamen. Nicht zuletzt sind es diese zwei Arbeiterkategorien, die für die Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Organisation der Bauarbeiter kein Verständnis haben. Vorerst heimlich sie zwar die durch die Organisationen erreichten Vorteile ein, daß sie sich aber auch als Lohnrücker verwenden ließen, erscheint nicht zweifelhaft. Sie und die übrigen unorganisierten gewerkschaftlich zu erfassen, wäre speziell Aufgabe der Baulegitimen, die zu diesem Zweck regelmäßig straffe Büchertrollen auf den Baustellen durchführen müßten. Wir gönnen jedem Kollegen gerne Arbeit und Verdienst, verlangen aber von ihm, daß er sich uns anschließt. Es ist deshalb doppelt bedauerlich, daß es sehr schwer fällt, tüchtige Kollegen als Baulegitime zu gewinnen.

Die Lohnsätze konnten in der Hauptsache gehalten und das Ansuchen der Arbeitgeber auf Zurückberufung Augsburgs von der Ortsklasse A in Ortsklasse I zurückgewiesen werden. Bedinglich die Bauhilfsarbeiter erließen eine Lohnförmung um 6 Pfg. Schuld daran trägt nicht zuletzt die schlechtorganisierte Tiefbauarbeiterschaft.

Wie schon erwähnt, wirkte sich die schlechte Baumarktlage auch gewerkschaftlich, d. h. besonders auf die Mitgliederentwicklung und Beitragsrückgänge, aus. So konnten wir den Mitgliederstand vom vorigen Jahreschluß nur um 21 Mitglieder vermehren. An Sollmarken wurden pro Mitglied 24, abgesetzt, dazu pro Mitglied rund 20 Freimarken. Wenn man die im allgemeinen sehr gut funktionierende Beitragsrückführung und auch die überwiegend gute Beitragsleistung unserer Mitglieder kennt, so zeigt gerade der Marktenverbraucher die ungeheure Arbeitslosigkeit am besten an.

Der Versammlungsbesuch in den auswärtigen Ortsgruppen kann mit gut bezeichnet werden, während der Besuch in der Ortsgruppe Augsburg zu wünschen übrig läßt. (Hoffentlich ist der gute Besuch der Ortsgruppen-Generalsversammlung ein Anzeichen dafür, daß es dieses Jahr auch in Augsburg diesbezüglich besser wird.)

In der Karwoche gelangten vom Wohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft an bedürftige Mitglieder unseres Verbandes unter anderem drei Zentner Brot, zehn Zentner Kartoffeln und 1/2 Zentner Mehl zur Verteilung.

Unser Einfluß im öffentlich-rechtlichen Leben ist gewahrt durch Vertreter in dem Ausschuß der Allg. Ortskrankenkasse, in dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises, in dem Schlichtungsausschuß usw.

Wenn uns das abgelaufene Jahr auch in mancher Beziehung nicht ganz befriedigt hat, so haben wir doch zu Vergnügen keinen Grund. Was wir im vergangenen Jahr nicht erreicht haben, wollen wir uns dieses Jahr nach allen gewerkschaftlichen Grundsätzen in zähem Kampfe erringen.

**Hannover-Maurer (Jahresbericht).** Am 3. März fand unsere ordentliche Generalsversammlung statt. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen:

Das Jahr 1926 hat in den Kreisen der Bauarbeiter hinsichtlich der Arbeitsmöglichkeit enttäuscht. Der Lohn für Facharbeiter und Hilfsarbeiter ist seit dem 18. September 1925 unverändert geblieben. Der Lohn für Tiefbauarbeiter ab 3. Juni 1926 für Hannover um 2 Pfg., in den übrigen Lohngruppen, auch für Facharbeiter, bis 7 Pfg. herabgesetzt.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit — ein Viertel der Mitglieder war das ganze Jahr hindurch ohne Arbeit! — bedingt, daß das Allord- und Heberkündenswesen verschwinden muß.

Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt:

<b>Sollstellenbestand</b>	A 1405.19			
Gesamteinnahme	A 37 600.60			
für die Sollstelle	A 773.25			
<b>insgesamt:</b>	<b>A 38 373.85</b>			
<b>Ausgaben:</b>				
Renten	27 435			
Beitragsrück	8 000 = pro Mitglied 41.34			
	35 435	12.11 53 Markten		
<b>von den Ehrenämtern entfallen auf ein Mitglied</b>	<b>A 56.71</b>			
auf die Beitragsrück pro Woche	A 1.37			
auf 52 Wochen verteilt pro Woche	A 1.09			
<b>Ausgaben:</b>				
für Rechtshilfe	A 25.53			
Arbeitslosen-Unterstützung	1488.75			
Arbeitslosen-Unterstützung	3268.70			
Arbeitslosen-Unterstützung	306.30			
Arbeitslosen-Unterstützung	628.25			
<b>insgesamt</b>	<b>A 4717.53</b>			
<b> Mitglieder in den einzelnen</b>				
<b>Verhältnisse:</b>	578	743	738	593
<b>Verhältnisse:</b>		633		
<b>Zusammenfassend:</b>	132	übergeben	32	
<b>ausgegeben:</b>	37	insg. Abgang	24	

Die Betriebsämter war teilweise sehr schlecht. Der alte Vorstand wurde fast reiblos wiedergewählt. Mit dem Dank an alle Mitarbeiter, namentlich die Kartensammler, Ortsleiter und Vorstandmitglieder, wurde die Generalsversammlung geschlossen.

**Schlußwort.** Hat kein kein! Das müßten auch die Kollegen unserer auswärtigen Verwaltungsstellen Gießler erfahren. Jedes Jahr, wenn die Arbeitsmöglich-

keit erschöpft war und die Erwerbslosenfürsorge gewährt werden sollte, hatte man es verstanden, die Kollegen, die in ihrem Handeln nicht einig waren, mit richtigen Redensarten abzuspülen. Das wurde den Kollegen endlich zu dumm, und so schlossen sie sich, insgesamt 63 an der Zahl, zu einer Verwaltungsstelle unseres Verbandes zusammen. Den nachhaltigen Bemühungen der Organisation ist es gelungen, durchzusetzen, daß nun die Fürsorge, abgesehen von kleinen Unebenheiten, allen Kollegen gewährt wird. Die für die Kollegen und ihre Familien durch die Organisation geleistete Arbeit wurde durch freiwillige Beiträge während der Winterzeit freudig anerkannt. Wie vielen unorganisierten Bauarbeitern mag es ähnlich so ergangen sein und noch ergehen! Mögen auch sie endlich zur Einsicht kommen, daß nur eine starke Organisation die Arbeiter gegen alle Schädigungen, sei es in Lohn- oder in Fürsorgeangelegenheiten, erfolgreich schützen kann.

**Ortsgruppe Giesel bei Fulda.** Nicht nur im Saar-gebiet, auch im Fuldaer Land ist noch ein guter gewerkschaftlicher Geist vorhanden. So fand in unserem kleinen Orte eine Versammlung statt, in welcher sämtliche Kollegen, 83 Mann, erschienen waren (Bravo! D. Schriftl.) Kollege Stahl hielt einen Vortrag über den Stand der heutigen Wirtschaft und unsere Bestrebungen. Redner erntete reichen Beifall. Die Diskussion war reg. Zum Punkt „Verschiedenes“ ließ der Vorsitzende Vorschläge machen für die Beschickung der Bezirkskonferenz. Die Kollegen erwiderten aber, man solle Freiwillige nehmen. Es meldeten sich auch sofort drei jüngere Kollegen, welche dann in einer anderen, ebenfalls recht gut besuchten Versammlung ausführlich Bericht erstatteten. Zum Schluß wurde unserem Kassierer Simon Balzer, welcher nun schon 20 Jahre ununterbrochen die Kasse geführt hat, der wärmste Dank ausgesprochen. (Diesem Dank schließt sich der Hauptvorstand und besonders der Hauptkassierer aus ganz in Herzen an.) Nach der Versammlung wurde auf allseitigen Wunsch das Lied gesungen: „Weg mit den Grillen, fort mit den Sorgen, es lebe hoch das Mauermannsbrot.“

**Erlinghausen.** Zum ersten Male seit dem achtjährigen Bestehen unserer Ortsgruppe mußten wir einen der Unseren zu Grabe tragen, den jugendlichen Kollegen Mörs. Da der Verstorbene über ein Jahr ohne Arbeit gewesen war, veranstalteten die Kollegen eine Sammlung, welche einen schönen Betrag erbrachte. Der Sarg wurde von sechs jungen Kollegen getragen, die beiden ältesten Mitglieder trugen einen Kranz mit Widmung. Volkshilflich schritten die Mitglieder hinter dem Sarg einher. Diese Bekehrung unserer Geslossenheit und Kollegialität machte in der Distanz nicht den allerbesten Eindruck. Unserem jungen toten Freunde rufen wir ein „Ruhe sanft“ nach.

**Deffau.** Auch in Mitteldeutschland gewinnt der christliche Gewerkschaftsgedanke an Boden. In Deffau haben die bisher als Einzelmitglieder geführten Kollegen durch rege Agitation in den Berufsreisen es vermocht, daß in einer hierzu anberaumten Versammlung, in der unser Bezirksleiter, Kollege Hermann Berlin, anwesend war, eine Ortsgruppe unseres Verbandes ins Leben gerufen werden konnte. Kollege Hermann wies in eingehenden Ausführungen auf das Wollen und die Ziele unseres christlichen Bauarbeiterverbandes hin, untrüblich schärft die hier noch zu leistende Arbeit, die nach seinen Erfahrungen und Unterhaltungen mit den im Laufe des Tages besuchten Berufskollegen nicht allzuschwer sei. Er schloß mit der Hoffnung, daß in kurzer Zeit alle mit uns auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Kollegen, die zurzeit noch falsch oder unorganisiert seien, erfasst wären.

Nach der Wahl des Vorstandes und der Kassenrevisoren dankte der Arbeitersekretär Weber-Deffau dem Kollegen Hermann für sein Erscheinen und seine Ausführungen und gab dem Wunsch Ausdruck, ihn bald wieder in Deffau unter einer noch größeren Schar Kollegen begrüßen zu können.

So ist denn auch hier der Grundstein zum Aufbau der christlichen Bauarbeiterbewegung gelegt, um nutzbringend für die Kollegen wie auch für die Allgemeinheit wirken zu können.

## Bau-Rundschau

### „Der Wohnungsbau das innere Zentralproblem“

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner letzten Sitzung nachstehenden Beschluß gefaßt:

1. Der Vorstand des Deutschen Städtetages weist erneut darauf hin, daß die endgültige Beseitigung der Wohnungsnot von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten aus heute mehr denn je das dringendste innere Zentralproblem ist. Es gilt, den Wohnungsbau von jährlich 250-375000 Klein- und Kleinkwohnungen in erschwunglicher Preislage zu ermöglichen. Nur so ist es möglich, die Wohnungsnot in längstens fünf Jahren zu beseitigen. Und dann geht es!

2. Die Senkung der Baukosten für Mietwohnungen unter den allgemeinen Lebenshaltungskosten ist von allergrößter volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, weil die Mieten der Mietwohnungen für allmählich auf den Preis der Mietwohnungen einstellen müssen. Die Heraushebung der Altmieten darf, bis der Beharrungszustand bei den Neubauten und Mietmieten erreicht ist, nur mit größter Vorsicht erfolgen. Alle Maßnahmen, die zur Senkung der Baukosten führen, müssen daher im Zusammenwirken von Reich, Ländern, Gemeinden und Privatwirtschaft getroffen werden.

3. Das wichtigste Problem bleibt die Finanzierung. Die Fortführung des Wohnungsbaus ist geradezu auf schwerste gefährdet, wenn man sich bei den maß-

gebenden Stellen jetzt anscheinend wieder mit einer nur von Jahr zu Jahr laufenden Zwischenregelung helfen will.

Da der private Kapitalmarkt in absehbarer Zeit die für den Wohnungsbau erforderlichen Mittel nicht in ausreichendem Umfang und zu entsprechenden Bedingungen zur Verfügung stellen kann, so müssen öffentliche Mittel auf lange Sicht bereitgestellt werden. Diese können nur aus der Hauszinssteuer genommen werden, die eine sozial gerechte und staatspolitisch notwendige Maßnahme darstellt.

Es ist unbedingt zu fordern, daß jetzt endlich Ernst gemacht werden wird mit einer endgültigen Regelung der Hauszinssteuer, zumal auch der gegenwärtige Zustand für den Grundstücksverkehr und den Realcredit höchst unbefriedigend ist, da er eine feste Grundstückspreisbildung verhindert.

Die Vorschläge des Deutschen Städtetages gehen dahin, eine individuelle Belastung der einzelnen Grundstücke in Form einer öffentlichen, ablösbaren, sonst in 25 Jahren zu tilgenden Rente durchzuführen. Der Städtetag richtet an Reichsregierung und Reichstag den dringenden Appell, das Problem der endgültigen Regelung der Hauszinssteuer nunmehr endlich anzugreifen.

## Bücherchau

Das seit langem erwartete Handbuch für Betriebsräte ist nun da. Das so oft gewünschte Bedürfnis nach einem leicht verständlich geschriebenen und doch brauchbaren Kommentar kann nunmehr befriedigt werden.

- Aus dem Inhalt:
1. Das Betriebsrätegesetz mit Erläuterungen
  2. Wie wehre ich mich gegen eine Entlassung
  3. Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz mit Erläuterungen
  4. Bestimmungen zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes, Gesetz und Erläuterungen über die Vorlage der Betriebsbilanz und der Betriebsgewinn- und Verlustrechnung. Gesetz, Wahlordnung und Erläuterungen über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.
  5. Muster für Schriftsätze in der Betriebspraxis. Umfang etwa 300 Seiten.

Durch Verwertung der seit Inkrafttreten des Gesetzes gemachten Erfahrungen und der Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums und der Gerichte und durch Einführung zahlreicher, aus der Praxis gewählten Musterbestimmungen kann man diesen Führer als wirklich unentbehrlich für unsere Betriebsräte bezeichnen und ihn als den Kommentar betrachten, der gerade für unsere Kollegen in Frage kommt.

(Einzelpreis 2.50 Mk., für Ortsgruppen und Kartelle 2.- Mk. Da die erste Auflage bald vergriffen sein wird, bitten wir um sofortige Bestellung.)

Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

## Sterbetafel

Am 30. Februar starb nach fast dreijähriger Krankheit unser treuer Kollege **Wilhelm Schleich** (Maurer). Verwaltungsstelle **Münster i. W.**

Im jugendlichen Alter von 20 Jahren starb unser eifriger Kollege **Heinrich Mörs** infolge eines Darmleidens. Ortsgruppe **Erlinghausen.**

Am 28. Februar starb infolge Altersschwäche unser lieber Kollege **Nicolaus Nelles** im Alter von 65 Jahren. Er war ein treuer Mitarbeiter und gehörte seit 1904 ununterbrochen dem Verbands an. Verwaltungsstelle **Köln, Fliesenleger.**

Am 28. Februar starb infolge eines Schlaganfalles unser treuer Kollege, der Maurer **Jacob Balkhasar Esfann** aus Münster, im Alter von 58 Jahren. Verwaltungsstelle **Frankfurt a. M.**

Ehre ihrem Andenken!

## Deutscher Versicherungs-Konzern

Die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes versichern ihr Leben bei der

**Deutschen Lebensversicherung**

**Gemeinnützige Aktiengesellschaft**

ihre Möbel und ihren Hausrat bei der **Deutschen Feuerversicherung A. G.** und sich selbst gegen Unfall und Haftpflicht in **Berlin-Schöneberg (Post Friedenau) Schönebergstr. 15a.**

Billige Tarife.

Sulante Schadenbehandlung. — Größte Sicherheit.

Aufsichtsrat-Vorsitzender:

Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald.

Überall Mitarbeiter gesucht.

Reine ermäßigten Winterpreise für

### schmale Seeholz-Wasserwagen

vorläufig noch gültig	
Wagen 100	90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm
Preis 3.70	3.50 3.30 3.20 3.10 2.90 2.65 2.50 2.20 Mk.
Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugestellt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stahlarbeiter- und Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigen Preisen. Provisoren werden unentgeltlich verhandelt. Bei Bestellung Größe und Form angeben. Walter Richter, Düsseldorf, Tannenstraße 51.	